

NACHRICHTEN NDV DIENST

des Deutschen Vereins
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

Aus dem Inhalt:

Baustelle Sozialstaat – Sozialpolitik in der
Konsolidierungsfalle

Ein neuer Anlauf für eine „eigenständige“
Jugendpolitik?

Rechtlicher Rahmen zur Erwerbsintegration
von Menschen ohne deutschen Pass – eine
Handreichung des Deutschen Vereins



Deutscher
Verein
5/2013
53. Jahrgang

5/2013

Mit Newsletter 2/2013

INHALT

NDV
93. JAHRGANG
MAI 2013
NR. 2/2013

Herausgeber:
Michael Löher,
Vorstand
des Deutschen Vereins

Schriftleitung:
Ralf Mulo
Tel. (0 30) 6 29 80-3 13
E-Mail: mulot@deutscher-verein.de

Sachbearbeitung:
Sandra Wimmer
Tel. (0 30) 6 29 80-3 16
E-Mail: wimmer@deutscher-verein.de

Gestaltung und Anzeigen:
Barbara Schmeißner
Tel. (0 30) 6 29 80-3 15
E-Mail: schmeissner@deutscher-verein.de

Abonnementverwaltung:
Sandra Redlich
Tel. (0 30) 6 29 80-5 02
E-Mail: redlich@deutscher-verein.de

Eigenverlag des Deutschen Vereins
für öffentliche und private
Fürsorge e. V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Fax (0 30) 6 29 80-3 51
Internet: www.deutscher-verein.de

Deutsche Bank
723 3943 00
(BLZ 100 700 00).

ISSN 0012 – 1185

Der Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge erscheint in monatlicher Folge. Die Lieferung eines Exemplares der Zeitschrift an unsere Mitglieder ist durch den Jahresbeitrag abgegolten. Weitere Hefte für den eigenen Gebrauch im Dauerbezug jährlich 20,50 € zuzüglich Versandkosten und MwSt. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins entgegen. Reklamationen wegen unregelmäßiger Lieferung bitten wir bei der Geschäftsstelle vorzubringen. – Alle Rechte, auch das der Übersetzung, sind vorbehalten.

Druck:
Druckerei Joh. Walch
GmbH & Co. KG
Im Gries 6
86179 Augsburg

Veröffentlicht mit Förderung
durch das Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend (BMFSFJ)

Aktuelles

- 193 Baustelle Sozialstaat – Sozialpolitik in der Konsolidierungsfalle
Beate Maria Hagen
- 195 Baustelle Sozialstaat
Peter Masuch
- 198 Ein neuer Anlauf für eine „eigenständige“ Jugendpolitik?
Larissa Meinunger
- 200 Eine eigenständige Jugendpolitik tut not!
Reiner Pröbß
- 203 Eigenständige Jugendpolitik? Was bedeutet eigentlich Jugendpolitik?
Tim Kähler
- 205 Jugendcheck für die Politik
Sven Frye

Empfehlungen und Stellungnahmen

- 207 Rechtlicher Rahmen zur Erwerbsintegration von Menschen ohne deutschen Pass – eine Handreichung des Deutschen Vereins

Abhandlungen

- 215 Aktuelle Entwicklungen im Wohlfahrtsstaat Schweden – Teil 1
Uwe Schwarze

Berichte

- 221 Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt – Armutsentwicklung in Deutschland
Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling und Christian Woltering
- 226 Armut und Armutsbekämpfung in der Schweiz
Dorothee Guggisberg und Franziska Ehrler
- 232 Kommunale Bildungslandschaften in der Praxis
Jürgen Renner

Gutachten

- 236 Gutachten vom 15. Februar 2013 – G 5/09
Gewährung des Mehrbedarfes in Einrichtungen

Aus der Arbeit des Deutschen Vereins

- 237 Fachausschuss „Jugend und Familie“
- 238 Persönliche Nachrichten
- 239 Bücher
- 240 Informationen

Tim Kähler

Eigenständige Jugendpolitik? Was bedeutet eigentlich Jugendpolitik?

Eine wichtige Funktion der Politik ist der Ausgleich von Interessen. Dieses gelingt in dem Maße, wie Interessen bekannt sind, wenn sie gleichberechtigt formuliert werden können und wenn Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie ihre Wirkung entfalten. Das gilt somit auch für die Jugendpolitik als umfängliche Gestaltungsaufgabe für Menschen in einer bestimmten Lebensphase gegenüber anderen Politikbereichen. Es gilt aber ebenso für den interaktiven Prozess der Definition von Jugendpolitik selbst.

Auf den ersten Blick kann man deshalb der Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend etwas abgewinnen. Sicherlich ist es gut, wenn – wieder einmal – ein breiter Dialog über die Jugend in Deutschland und ihre Bedürfnisse geführt wird. Dem sollte man sich nicht verschließen, vorausgesetzt der Prozess wäre diesmal etwas origineller und so angelegt, dass man zu neuen Erkenntnissen kommen kann.

Aber auf den zweiten Blick tritt Ernüchterung ein, wenn man die Zielsetzungen des Eckpunktepapiers für die Entwicklung und Perspektiven einer eigenständigen Jugendpolitik liest. Nehmen wir nur einmal den ersten Punkt „Zukunftsperspektiven und Zuversicht stärken“. Hier wird durch ein Bundesministerium suggeriert, dass sich die Zukunftsperspektiven von jungen Menschen verbessern lassen, indem wieder dem Versuch der Formulierung von Jugendpolitik von oben (Bund) nach unten (Kommune) nachgekommen wird. Als Rahmenbedingungen für eine eigenständige Jugendpolitik werden wichtige Bereiche wie die Familienpolitik, die Stärkung frühkindlicher Bildung oder das Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf genannt. Was ist daran neu?

Dass die Förderung von jungen Menschen am besten partizipativ und präventiv erfolgen soll, ist auch keine wirklich neue Erkenntnis. Das ist spätestens seit der Etablierung

des Kinder- und Jugendhilfegesetzes mit seinem umfänglichen Auftrag manifestiert. Das Problem ist doch eher: Diese Erkenntnis wird nicht gelebt. Weder vor Ort noch in den Ländern oder auf der Ebene des Bundes. Und es ist schon interessant, dass das Bundesjugendministerium, recht verhalten, an die Adresse der Länder die Anregung von mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern formuliert, obwohl nicht erst seit gestern viele Landesregierungen die Zielsetzung verfolgen, die Schülervertretungen sukzessive auszuhebeln.



Tim Kähler

Aber brauchen wir dafür Hinweise des Bundes zur Revitalisierung der Jugendhilfeausschüsse? Was wir meines Erachtens zuvorderst benötigen, ist eine Revitalisierung der Jugendpolitik in der Politik selbst und zwar dort, wo sie manifestiert wird. Die Instrumente sind vorhanden, sie werden jedoch nicht genutzt. Allein ein Blick auf das Durch-

schnittsalter der etablierten Parteien macht es deutlich, und in den Fraktionen der Parlamente und Räte sieht es nicht viel besser aus. Glauben wir wirklich, dass es uns heute gelingt, durch sog. Berufsjugendliche Jugendpolitik zu machen? Das hat schon früher nicht funktioniert, und es wird auch in Zukunft nicht gelingen, wenn die, um die es geht, nicht gleichberechtigt am Tisch sitzen. Also: Keine Foren, keine Jugendvertreter mittleren Alters, keine Jugendparlamente, die nichts zu entscheiden haben. Wir benötigen Parteien und Fraktionen, die mit Menschen besetzt sind, die in genau dieser Lebensphase stecken, die wirklich wissen was los ist und die auch etwas entscheiden dürfen! Dafür müssen neue Formen und Instrumente etabliert werden.

Viele junge Menschen engagieren sich. Aber eben nicht in den verfassten und hergebrachten Systemen, weil die Or-

Tim Kähler ist Erster Beigeordneter/Sozialdezernent der Stadt Bielefeld.

ganisationsroutinen des etablierten demokratischen Systems oder der Verbände den neuen Formen ihres Engagements entgegenstehen. Ohne in eine tiefere Analyse einsteigen zu können, ist es augenscheinlich, dass der Erfolg der Piraten eben auch auf die Anwendung neuer Kommunikationsformen und Partizipationsmodi zurückzuführen ist. Und es ist jetzt auch nicht verwunderlich, dass der Zuspruch in dem Maße abnimmt, wie die Piraten eine traditionelle Partei werden.

Wenn also das Ziel einer prägnant formulierten Jugendpolitik erreicht werden soll, müssen mehr junge Menschen diese Formulierung leisten können und dürfen. Ich würde sogar so weit gehen, dass ohne diese Zielerreichung der Auftrag des Interessenausgleiches nicht erfüllt wird. Die Diskussion sollte deshalb hier ihren Schwerpunkt setzen und sehr kritisch alle verfassten Systeme der Jugendpolitik mit den folgenden Fragen konfrontieren, um dann die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen:

- Wirken sie inklusiv oder exklusiv gegen junge Menschen?
- Antizipieren sie die neuen Engagementsmotive und -formen?
- Welche neuen Foren entstehen in dem System der verfassten Demokratie, damit eine breite Artikulation von Interessen durch Jugendliche überhaupt stärker als bisher möglich wird?
- Wie werden Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse organisiert, damit eine direktere Demokratie für Jugendliche etabliert werden kann?

Wenn man diesen Weg wählt, muss ein weiterer wesentlicher Punkt beachtet werden: Wie kann einer sozialen Exklusion im Kontext direkter partizipativer Verfahren entgegengewirkt werden? Auch für Jugendliche gilt – ebenfalls auch schon seit Langem – die Erkenntnis, dass die politische Partizipation umso stärker ist, je höher der Bildungsstand ist. Die Etablierung neuer demokratischer Partizipations- und Entscheidungselemente darf nicht zu einer weiteren Protegierung artikulationsstarker Minderheiten führen, sondern hat, ganz im Sinne der Jugendhilfe, die damit verbundene Aufgabe, gerade den Jugendlichen Zu-

gänge zu eröffnen, die nicht zu diesen Minderheiten gehören. Wenn es dagegen gelänge, die artikulierungsschwachen Mehrheiten stärker mitentscheiden zu lassen und sie mittels Entscheidungsmacht zu aktivieren, würde man eine weitaus breitere Basis für die Definition von Jugendpolitik schaffen.

Das Eckpunktepapier verweist zu Recht auf die Probleme des Ressortdenkens. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges. Wenn man das Thema Jugendpolitik ernst meint, dann muss insbesondere die Ressourcenfrage geklärt werden. Denn eine eigenständige Jugendpolitik kann nur auf der Grundlage auskömmlicher Budgets erfolgen und Partizipation manifestiert sich in der Entscheidung über die Mittelverwendung. Das bedeutet jedoch auch, dass es eben nicht nur um die institutionelle Förderung geht.

Daher sage ich: Nein, wir brauchen keine Revitalisierung der Jugendhilfeausschüsse. Wir brauchen mehr Ressourcen vor Ort, über die wie o.g. entschieden werden kann. Die heutige Jugendpolitik ist unter dem Joch des immerwährenden Spardiktats zur stetigen Rechtfertigungsdebatte gezwungen und somit wenig attraktiv. Was nutzt eine breit angelegte Debatte über die Wichtigkeit von Jugendpolitik, wenn aufgrund der kommunalen Finanzmisere keine Entscheidungsspielräume und Innovationsmöglichkeiten gegeben sind?

Jugendpolitik ist mehr als die Erörterung der bestehenden Systeme. Sie ist mehr als die Organisation von Bildungsprozessen. Jugendpolitik ist die umfängliche Gestaltungsaufgabe für Menschen in einer bestimmten Lebensphase. Dieses kann am besten gelingen, indem wir die Interessenartikulation durch die Jugend selbst aktivieren und die bestehenden Systeme dieser Zielsetzung unterordnen. Die bestehenden Organisationsroutinen von Parteien und Verbänden müssen kritisch reflektiert und neuen Anforderungen angepasst werden. Dafür brauchen wir auskömmliche Ressourcen und vor allem Entscheidungen dort, wo die Menschen leben, vor Ort mit den Jugendlichen und nicht von oben nach unten. Es stellt sich somit die Frage, ob das angestrebte Ziel mittels einer Initiative eines einzelnen Bundesministeriums erreichbar sein kann. ■

**Bestellen Sie ab sofort versandkostenfrei
in unserem Online-Buchshop:
www.verlag.deutscher-verein.de**